

Beirat Walle – Fachausschuss „Bildung und Weiterbildung“

Beschluss vom 04.02.2015:

Sicherstellung der sozialpädagogischen Unterstützung / Begleitung für Schülerinnen und Schüler, die die Allgemeine Berufsschule besuchen.

Der Stadtteilbeirat Walle fordert die Senatorin für Bildung und Wissenschaft und die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen auf, die sozialpädagogische Unterstützung und Begleitung der Schülerinnen und Schüler an der Allgemeinen Berufsschule weiterhin und mindestens im bisherigen Umfang sicher zu stellen.

Der Beirat Walle fordert die beteiligten senatorischen Dienststellen auf, mit dem Zentrum für Schule und Beruf und mit der Allgemeinen Berufsschule ein tragfähiges Konzept zur langfristigen Absicherung der sozialpädagogischen Arbeit zu entwickeln und abzusichern.

Begründung

Das Zentrum für Schule und Beruf ist eine kooperative Einrichtung zwischen den Kooperationspartnern Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, dem Amt für Soziale Dienste, der Allgemeinen Berufsschule Bremen und dem DRK KV Bremen als Träger. Zielgruppe sind schulpflichtige Jugendliche, die gemeinsam haben, keine oder nur eine sehr eingeschränkte Ausbildungsreife zu besitzen und deren Leben von multiplen Problemlagen und persönliche Krisen über das in diesem Alter normale Maß hinaus bestimmt wird.

Nach der Beendigung eines ESF-Bundesprogramm zum 31.12.2014 kann die sozialpädagogische Betreuung von etwa 15 Klassen an der ABS nicht mehr geleistet werden.

Betroffen davon sind u.a. auch die Sprachklassen der Allgemeinen Berufsschule in denen Flüchtlingsjugendliche und andere spät zugewanderte Jugendliche ohne vorherigen Schulbesuch in Deutschland, überwiegend sprachlich qualifiziert werden. Angesichts der i.d.R multiplen Problematiken ist eine sozialpädagogische Betreuung notwendig kann jedoch nicht mehr geleistet werden. Ebenso kann die orientierende Unterstützung von Jugendlichen im Hinblick auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt nicht mehr gewährleistet werden.

Es ist aus unserer Sicht notwendig den Worten über Integration und Zukunftschancen auch Taten folgen zu lassen.

(Einstimmiger Beschluss des FA „Bildung und Weiterbildung“ vom 04.02.2015)